

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., vierteljährlich 18.— M., halbjährlich 33.— M., jährlich 63.— M., durch die Post bezogen vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg., Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4596. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauschaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13693. — **Verlag in Leipzig,** Tauschaer Straße 19/21 — **Telephon** 4596

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1,20 M bei Platzvorkauf 2,30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1,70 M. Reklame-Kolonelle 7,50 M. — **Telephon** für die Inseraten-Abteilung 272
Schluß der Inseraten-Aannahme für die fällige Nummer vormittags 9 U

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Südet die Neutralität!

An die Parteigenossinnen und Genossen!

Trotzdem die deutsche Regierung ihre Neutralität gegenüber dem russisch-polnischen Krieg erklärt hat, werden von russischen Konterrevolutionären und ihren deutschen Gesinnungsgenossen Anwerbungen und Waffenschickungen auf deutschem Boden fortgesetzt, um dem bedrohten Polen zu Hilfe zu eilen und den Kampf gegen Sowjetrußland, den Kampf gegen die revolutionären russischen Arbeiter und Bauern fortzusetzen.

Zugleich mit diesen dunklen Machenschaften auf deutschem Boden rufft die Entente alle verfügbaren Kräfte zusammen, um den Zusammenbruch Polens aufzuhalten und noch einmal einen konterrevolutionären Wall gegen das siegreiche Sowjetrußland aufzuwerfen. Sie sucht auf diplomatischem Wege die Sowjetregierung zu einem Waffenstillstand mit Polen zu zwingen und bietet sich als Vermittlerin bei den Friedensverhandlungen zwischen Polen und Rußland an. Gleichzeitig versucht sie aber, im krassen Widerspruch zu ihren angeblichen Friedensbemühungen, die militärische Macht Polens zu härten. Hervorragende Armeeführer und Offiziere der Entente eilen nach dem polnischen Kriegskampfschauplatz. Mengen von Kriegsmaterial werden auf dem Wege über Danzig nach Polen geschickt, und nach französischen Blättermeldungen sind 16 Divisionen als Hilskorps für Polen mobilisiert und stehen zum Vormarsch bereit.

Trotz der strikten Neutralitätserklärung Deutschlands sind in den Ententeländern Bestrebungen im Gange, diese Neutralität zu durchbrechen und Deutschland in den russisch-polnischen Krieg hineinzuziehen.

Es soll an die deutsche Regierung das Verlangen der Alliierten gerichtet werden, den Durchmarsch französischer Truppen durch deutsches Gebiet zu gestatten. Gleichzeitig droht Lord George im englischen Unterhaus, daß er den Polen eventuell die Waffen übermitteln werde, die Deutschland an die Entente auszuliefern hat. Auf diese Weise soll Deutschland zum Waffenslieferanten Polens, zum Verbündeten der konterrevolutionären Koalition gegen Rußland gemacht werden.

Das dürfen die deutschen Arbeiter nimmer geschehen lassen.

Die von Deutschland proklamierte deutsche Neutralität muß ungeachtet aller reaktionären Treibereien im Innern und aller Beeinflussung von außen her, unter allen Umständen aufrecht erhalten werden. Deutschland darf nicht zum Kriegsgelände des neuen Krieges werden, den die heilige Allianz des Kapitals gegen Sowjetrußland führt. Deutschland darf nicht zum Durchgangslager fremder Truppen und zum Waffenlager Polens gegen Sowjetrußland werden.

Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschland.

Die Affäre Bela Kun.

Volks Bureau bringt die folgende faßsamliche Ausfassung. Die österreichische Regierung ist der Aufforderung der deutschen Regierung, den Transport kriegsgefangener Russen, bei dem sich auch politische Persönlichkeiten befinden, wegzunehmen, nicht nachgegeben. Der Transport hat durch diese Ablehnung der österreichischen Regierung den Anspruch auf Exterritorialität verloren. Der Transport ist in einem Durchgangslager angehalten worden. Die Reichsneutralität für Kriegs- und Zivilgefangene ist mit der Feststellung beauftragt, welche Angehörige des Transportes tatsächlich kriegsgefangene Russen sind. Es ist Vorsorge getroffen, daß diese sofort ihrer Heimat zugeführt werden. Die nicht als Kriegsgefangene festgestellten Persönlichkeiten werden bis zur endgültigen Entscheidung über ihre weitere Behandlung zurückgehalten.

Das deutsche Proletariat hat zu fordern, daß die deutsche Regierung schleunigst erklärt, sie werde den politischen Flüchtling Bela Kun auf keinem Fall der ungarischen Mörderregierung ausliefern!

Grund zur Geheimhaltung.

Berlin, 24. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Der Lokalanzeiger berichtet über eine höchst seltsame wirtschaftliche Aussprache über Spa und die wirtschaftliche Zukunft Deutsch-

lands, die gestern abend stattgefunden haben soll. Danach waren als Redner dieser Versammlung der Reichstagsabgeordnete Stinnes, Karl von Simons, Generaldirektor Bogler und einige andre gemeldet. Auf Wunsch der Einberufer wird ein Bericht über die Verhandlungen noch nicht gegeben.

Ausnahmezustand über Ostpreußen.

Berlin, 23. Juli. Mit Rücksicht darauf, daß bei den Kämpfen zwischen Rußland und Polen durch den Uebertritt von kämpfenden Truppen und Flüchtlingen Zwischenfälle in Ostpreußen entstehen können, hat der Reichspräsident zur Wahrung der Neutralität Ausnahmevorschriften für den Bezirk des Wehrkreises I erlassen.

Hartnäckiger Schwindel.

Berlin, 24. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Das antisemitische Kadaver-Organ, die Hamburger Warte, setzt trotz aller amtlichen Dementis seine Schwindele- und Spitzelberichte über die Kampfsorganisationen der U.S.P. in Hamburg fort. Die bolschewistische Zeitung scheut sich nicht, die Nachrichten, die sie selbst als einen unangebrachten Schwindel bezeichnet hat, in großem Umfang wiederzugeben.

Bekanntlich hat die Hamburger Regierung den Schwindel schon amtlich gefenestert.

Ein Nachwort zur Reichsschulkonferenz.

Von Dr. Kurt Kersch-Löwenstein.

Die Geschichte der Menschheit ist eine Geschichte von Klassenkämpfen; das gilt nicht nur für die wirtschaftliche, sondern auch für die kulturelle Entwicklung. Nicht nur, was der Mensch ist, wie er sich kleidet und wie er wohnt, sondern auch wie er lebt, nach wem er strebt, Ideale erstrebt und wie die heranwachsenden Generationen durch Erziehung und Unterricht überliefert, das alles steht in engstem Zusammenhang mit der ökonomischen Lage. Darum ist die Entwicklung der Schule eine Entwicklung von Klassen- und Standeschulen gewesen. Darum zeigte sich auch auf der Reichsschulkonferenz auf der einen Seite ein Kampf um die Erhaltung und Festigung der Klassen- und Standeschule, auf der andern Seite ein Ringen um die neue Schule für das kommende Geschlecht. Reichlich Fachmänner waren aus allen Teilen des Reiches herbeigekommen, ihre Zahl überstieg 600. Nach welchem System die Auswahl getroffen war, das hat die Reichsregierung nicht verraten, nur erwies sich sehr bald, daß das konferenzierende Element — Gehilfen, Universitäts-Professoren, Oberlehrer, Direktoren, Rektoren und Geistliche — die überwiegende Mehrheit, etwa 2/3 bildeten, während das übrige Drittel Volksschullehrer, Schulreformer und auch einige wenige Sozialisten waren. Die Verankerung der Bedeutung gerade der Sozialisten für die kommende Schule muß uns befremdender wirken, als der Spiritus doctor des Ganzen der Staatssekretär im Ministerium des Innern Heinrich Schulz war. Aber das ist ja das Verhängnis all jener verbürgerlichten Koalitions-Sozialdemokraten, daß sie die Einsicht in den Klassenkampf und die Energie für denselben verloren haben und gegen scheindemokratische formalistische Gerechtigkeit der proletarischen Sinn für den entscheidenden Kampf, der durch den Klassenkampf hindurch erst zur befreiten Menschheit gelangt, ein Gebühre habet. Es ist formal richtig, daß sachmännliche Fragen nur von Sachleuten behandelt werden sollen, doch es ist inhaltlich falsch, daß das Schul- und Erziehungswesen ausschließlich oder auch nur in der Hauptsache Angelegenheit von Sachleuten sei. Ziel, Zweck der Schule, Umfang und Art der Erfassung der Schüler, Bewahrung der Kulturgüter im einzelnen und die Lehrgegenstände und ihre Wertung all diese Dinge gehen weit über den Rahmen sachmännlicher Bestimmung hinaus, sind vielmehr Reflex aus den Anschauungen und Vorstellungen der herrschenden Klassen und sollten Widerspiegelung des Weltens, Denkens und Handelns der gesamten schaffenden Gemeinschaft sein.

Man hat aber noch einen andern Fehler begangen: Man stellt als ersten Punkt die Organisationsfrage der Einheitschule gar nicht auf die Tagesordnung. Es ist nachgerade genug Anlauf mit dem Begriff der Einheitschule gegeben; man macht den Begriff der Einheit so verschwommen, daß man all die Sonderinteressen historischer Entwicklung in ihn mit hineinpressen kann. Doch uns will scheinen, daß man dem eigentlichen Schulproblem nicht in entferntester Gerechtigkeit, wenn man es mit organisatorischem Formalismus lösen will. So sehr wir den Wert der organisatorischen Zusammenschlüsse produktiver Kräfte zu schätzen wissen, so wissen wir doch auch, daß durch Organisation nicht Produktion geschaffen werden kann. Was wir dringend brauchen, ist eine neue Produktionsweise in Schule und Erziehung, ist Umwandlung der Profitsschule des häuslichen Hochmuts und der Klassenherrschaft der wirtschaftlich Begüterten in die Bedarfsschule der proletarischen Gemeinschaft, ist Umwandlung des Prinzips der Aufzucht einzelner zur Höchstentfaltung ihrer Kräfte im Gegensatz und zur Beherrschung der andern in das Prinzip der solidarischen Gemeinschaft aller. Diesen Gesichtspunkt hätte man gewinnen können, wenn man vom inneren Aufbau, von der Arbeits- und Gemeinschaftsschule ausgegangen wäre und nicht den äußeren Aufbau in den Vordergrund gerückt hätte. Interessant ist, daß man zu dieser grundlegenden Frage der Einheitschule nicht einen einzigen Sozialisten als Berichterstatter sprechen ließ, dagegen durfte der konservative Gymnasialprofessor Dr. Binder seine Ideale in Vorkursform und im Referat vorbringen. Natürlich war sein Bestreben in der Hauptsache darauf gerichtet, die bestehenden höheren Schulen in vollem Umfange zu erhalten. Er ging sogar noch über das hinaus, was bereits die Verfassung, die doch wirklich nicht überrevolutionär ist, festlegte. Die vierjährige Grundschule schien ihm bereits eine Gefahr für die Bildungshöhe der Universität, und er wünschte ihren Ersatz durch eine dreijährige. Ebenso soll die Differenzierung in höhere Schulen und Volksschulen eine möglichst frühe und möglichst selbständige sein. Für die Kinder des Volkes genügt ihm die Vermehrung der praktischen Einsicht zur Ver-